

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

07.02.2024

Inhalt

EWN

1 Binz will LNG-Terminal auf Rügen weiter stoppen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 07.02.2024</i>	3
2 Neue Reaktoren an Bayerns Grenze? <i>Münchner Merkur, 07.02.2024</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 07.02.2024 | S. 14

 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

 Jörg Fiene

INBETRIEBNAHME STEHT BEVOR

Binz will LNG-Terminal auf Rügen weiter stoppen

Der Bürgermeister der Gemeinde fordert in einem Brief an Backhaus erneut die Prüfung des Terminals. Der Streit um eine Gasmangellage hält an.

Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine und einer unsicheren Gasversorgung wurden Umweltausnahmen für LNG-Terminals erlaubt. Aber sollten diese weiterhin gelten, etwa für das Rügener Terminal?

Kurz vor der geplanten Betriebsbereitschaft des Rügener Terminals für Flüssigerdgas (LNG) kommt von der Insel erneut die Forderung nach einer umfangreichen Prüfung möglicher Umweltfolgen. In einem Brief hat der Binzer Bürgermeister, Karsten Schneider, jüngst den Schweriner Umweltminister Till Backhaus (SPD) zur Anordnung einer solchen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) aufgefordert.

In dem Schreiben heißt es, auch nur bei geringsten Zweifeln am Vorliegen einer Gasmangellage sowie der Notwendigkeit der Anlage in Mukran bestehe für den Minister nicht nur die Option, sondern die Pflicht, eine entsprechende Prüfung durch die Genehmigungsbehörde durchführen zu lassen.

Eine UVP dürfte eine mögliche Inbetriebnahme erheblich verzögern.

Vom Umweltministerium hieß es: „Von Anfang an haben wir gegenüber dem Bund kommuniziert, dass wir das Projekt so nicht unterstützen, da wir Zweifel an der Gasmangellage haben.“ Ähnlich hatte sich auch Backhaus Mitte Januar im NDR geäußert.

Das Ministerium ist nach eigenen Angaben aber „an Recht und Gesetz gebunden und von der Einschätzung des Bundes zur Gasmangellage abhängig“. Der Bund habe in seinem jüngsten Schreiben an die Landesregierung MV die Gasmangellage erneut bestätigt.

Zudem verwies das Ministerium auf Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, das erst kürzlich wieder mit Blick auf den Beschluss einer Behörde geschrieben hatte, dieser gehe „zu Recht weiterhin von einer Krise der Gasversorgung aus“. Auf Basis einer Gasmangellage ermöglicht das LNG-

Beschleunigungsgesetz (LNGG) im Sinne der Versorgungssicherheit den Verzicht auf eine UVP.

Schneider zeigt sich überzeugt, „dass zweifelsfrei keine Gasmangellage in Deutschland besteht“. Zudem seien LNG-Terminals an der Nordsee sowie in Lubmin nur gering ausgelastet. Es sollte zudem klar sein, dass eine Anlage in Mukran keinen relevanten Beitrag für die Versorgung in Deutschland im Winter 2024 leisten kann.

Eine Genehmigung für den Betrieb des Terminals, das eigentlich noch diesen Winter betriebsbereit sein soll, steht bislang aus.

Das Schweriner Umweltministerium schließt zumindest nicht aus, dass nicht doch noch eine UVP angeordnet wird. „Selbstverständlich ist die Entscheidung, auf eine UVP zu verzichten, stets eine Einzelfallentscheidung.“ Es komme - so habe es auch das Bundesverwaltungsgericht betont - auf den letzten Zeitpunkt der Behördenentscheidung an. Das Vorliegen der Gasmangellage werde für die zuständige Behörde kurz vor Erteilung der Zulassungsentscheidung „nochmals ein Prüfpunkt sein“.

Bis dahin gelte es abzuwarten, schrieb ein Sprecher. Die jüngste Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts sei aber sicherlich richtungsweisend, sofern die Zulassungsentscheidung bald ergehe.

Kürzlich ist das für Mukran gedachte Spezialschiff „Transgas Power“ in europäischen Gewässern angekommen. Es soll als erstes zweier schwimmender Terminals in Mukran festmachen. Laut Schiffsortungsdiensten im Internet hat die „Transgas Power“ am Wochenende im Hafen der dänischen Stadt Fredericia

festgemacht, die sich am Eingang zur Ostsee befindet. den.

Kritiker des Rügener Terminals sehen Gefahren für Klima, Natur und Tourismus und sprechen von überflüssigen Kapazitäten. Die Bundesregierung hält es unter Verweis auf die Energieversorgungssicherheit für notwendig. Sie hatte angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine den Ausbau der LNG-Infrastruktur forciert, um unabhängiger von russischem Gas zu wer-

Zitat-Text:

”Von Anfang an haben wir gegenüber dem Bund kommuniziert, dass wir das Projekt so nicht unterstützen, da wir Zweifel an der Gasmangellage haben.” - Umweltministerium Schwerin in einer Mitteilung

📰 Münchner Merkur | 07.02.2024 | S. 11

📄 Auflage: 22.907 | Reichweite: 111.037

👤 dpa

Neue Reaktoren an Bayerns Grenze?

Atomkraft-Pläne der tschechischen Regierung sorgen für Diskussionen

Prag – In Tschechien sorgen die Atomkraftpläne der liberalkonservativen Regierung für Diskussionen. Das Kabinett hatte vor knapp einer Woche überraschend beschlossen, die laufende Ausschreibung für den Bau eines neuen Reaktors am AKW-Standort Dukovany auszuweiten. Die Bewerber sollen nun ein verbindliches Angebot für den Bau von bis zu vier neuen Blöcken unterbreiten, welche auf die beiden Standorte Dukovany und Temelin unweit der Grenze zu Bayern verteilt würden. Je Block ergebe sich aus der Sammelbestellung ein um rund 25 Prozent günstigerer Baupreis, betonte Ministerpräsident Petr Fiala.

Wie viele es letztlich werden sollen, ist indes noch völlig offen. Ursprünglich hatte die Ausschreibung den Bau von nur einem neuen Reaktor in Dukovany mit der Option auf zwei weitere vorgesehen. Kritik an der Änderung äußerte am Dienstag der frühere Direktor des Atombetreibers CEZ, Jaroslav Mil. Mit ihrer Entscheidung verstoße die Regierung gegen das Gesetz über die Ausschreibung öffentlicher Aufträge. „Damit wird diese Ausschreibung sehr, sehr leicht (vor Gericht) angreifbar und sorgt für Verwirrung“, kritisierte Mil.

Finanzminister Zbynek Stanjura räumte im Fernsehsender CT ein, dass es sich um ein „hochriskantes Pro-

jekt“ handele, was die Finanzierung angehe. Auf die Frage, ob wirklich vier Reaktorblöcke gebaut werden sollen, sagte er: „Das bedeutet nicht, dass sie gebaut werden, aber es bedeutet auch nicht, dass sie nicht gebaut werden.“ Die Wirtschaftszeitung „Hospodarske noviny“ merkte bereits an: „Ausgerechnet der pronukleare Eifer der Regierung erhöht das Risiko, dass in Tschechien am Ende gar nichts errichtet wird.“

In der engeren Auswahl für den Bau der neuen AKW-Blöcke sind nur noch die französische EDF-Gruppe und KHNP aus Südkorea – der US-Konzern Westinghouse schied aus. Eine frühere Ausschreibung für den Bau eines neuen Reaktors am Standort Temelin war 2014 ohne Ergebnis mit der Begründung abgebrochen worden, das Projekt sei unrentabel.

Das aktuelle staatliche Energiekonzept für Tschechien sieht vor, den Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung bis 2040 von derzeit rund einem Drittel auf mehr als die Hälfte zu erhöhen. Tschechien verfügt aktuell über zwei AKW-Standorte: Dukovany und Temelin. Letzterer ist weniger als 60 Kilometer von den Grenzen zu Bayern und Österreich entfernt. Dukovany liegt rund 100 Kilometer nördlich von Wien.